

<https://www.quodlibet.it/giorgio-agamben-biosicurezza>

Biosicherheit und Politik

Giorgio Agamben, 11. Mai 2020

Auffallend an den Reaktionen auf das Notstandsdispositiv, das in unserem Land (aber auch in den meisten andern Ländern) eingeführt wurde, ist die Unfähigkeit, diese Notstandsregelungen über den unmittelbaren Kontext hinaus, in welchem sie zu operieren scheinen, wahrzunehmen. Es sind wenige, die – wie es eine ernsthafte politische Analyse erfordern würde – stattdessen versuchen, diese Ausnahmeregelungen als Symptome und Anzeichen eines umfassenderen Experiments zu interpretieren, bei dem es um ein neues Paradigma des Regierens von Menschen und Dingen geht. Bereits in einem vor sieben Jahren erschienenen Buch, das es wert wäre, vor dem Hintergrund der heutigen Situation nochmals sorgfältig gelesen zu werden, beschreibt Patrick Zylberman den Prozess, durch welchen die Gesundheitssicherheit, die bisher am Rande des politischen Kalküls stand, zu einem wesentlichen Bestandteil der staatlichen und internationalen politischen Strategien wird (Patrick Zylberman: *Tempêtes microbiennes*, Gallimard 2013). Dabei geht es um nichts Geringeres als die Schaffung einer Art „Gesundheitsterror“, der der Definition eines *Worst-Case-Szenario* entspringt und sich als Instrument zu dessen Steuerung darstellt. Dieser Logik des *Worst-Case-Szenarios* folgend hatte die Weltgesundheitsorganisation bereits 2005 „2 bis 150 Millionen Todesfälle durch die bevorstehende Vogelgrippe“ angekündigt und eine politische Strategie nahegelegt, die die Staaten damals jedoch noch nicht zu akzeptieren bereit waren. Zylberman arbeitet drei Punkte des vorgeschlagenen Dispositivs heraus: 1) die Konstruktion eines fiktiven Szenarios ausgehend von einem möglichen Risiko, in dem die Daten so präsentiert werden, dass sie Vorgehensweisen nahelegen, die die Bewältigung einer Extremsituation erlauben; 2) die Übernahme der Logik des schlimmsten Falles als politische Regierungsrationalität; 3) die integrative Organisation der Bürger als einer Körperschaft, um so möglichst weitgehend die Loyalität gegenüber den Regierungsinstitutionen zu stärken und eine Art Gemeinwohl der Superlative hervorzubringen, in welchem die auferlegten Verpflichtungen als Ausdruck von Altruismus erscheinen, worin der einzelne Bürger nicht mehr das Recht auf Gesundheit (Schutz der Gesundheit) hat, sondern gesetzlich zur Gesundheit verpflichtet wird (Biosicherheit).

Was Zylberman 2013 beschrieb, ist heute eingetreten. Es liegt auf der Hand, dass es über die Notsituation hinaus, die an ein bestimmtes Virus gebunden ist, das jederzeit durch ein anderes ersetzt werden kann, um den Entwurf eines Regierungsparadigmas geht, das in seiner Effizienz alle bisherigen Regierungsformen übertrifft, die die politische Geschichte des Abendlandes bisher hervorgebracht hat. Hatten es die Sicherheitsrationalität im Zuge des fortschreitenden Niedergangs von Ideologien und politischen Überzeugungen bereits ermöglicht, den Bürgern Einschränkungen von Freiheiten aufzuerlegen, die sie zuvor niemals akzeptiert hätten, so erweist sich die Biosicherheit als fähig, die totale Einstellung aller politischen Aktivitäten und sozialen Beziehungen als die höchste Form der Bürgerbeteiligung darzustellen. Auf diese Weise wurden wir Zeuge des Paradoxes, dass linke Organisationen, die traditionellerweise darum bemüht sind, Rechte einzufordern und Verfassungsverletzungen anzuprangern, vorbehaltlos Einschränkungen von Freiheiten akzeptieren, die durch Verfahrenserlasse ohne jede Legalität beschlossen wurden und die durchzusetzen nicht einmal der Faschismus sich auch nur zu träumen gewagt hätte.

Es ist klar – und die Regierungsbehörden selbst hören nicht auf, uns daran zu erinnern –, dass das so genannte *social distancing* zum Modell der Politik werden wird, die uns erwartet. Und man wird dieses *distancing* dazu benutzen (wie die Vertreter einer so genannten *Task Force* angekündigt haben, deren Mitglieder in einem eklatanten Interessenskonflikt mit der Funktion stehen, die sie ausüben sollen), ein technologisch-digitales Dispositiv an die Stelle der menschlichen Beziehungen in ihrer physischen Leibhaftigkeit zu setzen, die als solches von nun an im Verdacht stehen wird,

ansteckend (politisch, versteht sich) zu sein. Wie das MIUR (Ministerium für Unterricht, Universitäten und Forschung) bereits empfohlen hat, sollen Universitätsvorlesungen ab nächstem Jahr nur noch online stattfinden. Man wird sich nicht mehr durch den gegenseitigen Blick ins Gesicht erkennen, das möglicherweise durch eine Gesichtsmaske verdeckt ist, sondern über digitale Apparaturen, die biologische Daten erkennen, die zwangsläufig zurückbehalten werden. Und jede „Zusammenkunft“, sei es aus politischen Gründen oder auch einfach nur freundschaftshalber, wird weiterhin verboten sein.

Es geht um ein Gesamtkonzept für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft, das in vielerlei Hinsicht die apokalyptische Idee eines Weltuntergangs von den im Schwinden begriffenen Religionen übernommen zu haben scheint. Nachdem die Politik durch die Wirtschaft ersetzt wurde, muss nun auch diese, um weiterhin regieren zu können, in das neue Paradigma der Biosicherheit integriert werden, dem alle anderen Erfordernisse zu opfern sind. Man kann sich legitimerweise fragen, ob eine solche Gesellschaft noch als menschliche bezeichnet werden kann, und ob der Verlust der sinnlichen Beziehungen, des Gesichts, der Freundschaft, der Liebe wirklich durch eine abstrakte und vermutlich völlig fiktive Gesundheitssicherheit kompensiert werden kann.